

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 4,50 Zl. vierteljährlich 16,16 Zl. mit Zustellgeld 4,80 Zl. Bei Postbezug monatl. 5,39 Zl. Deutschland 2,50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Millimeterzeile 15 gr, die einpaltige Reklamezeile 125 gr, Danzig 10 bzw. 80 Dz. W. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Platzvorkauf u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157, Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 259.

Bromberg, Freitag den 11. November 1932.

56. Jahrg.

Mostau feiert.

Der schweigsame Stalin.

Das muß man den Bolschewisten schon lassen: sie verstehen es, ihre Feiern eindrucksvoll zu begehen. Die Feier des 15jährigen Bestehens des Sowjetstaates ließ in Mostau an Pomp und Großartigkeit wirklich nichts zu wünschen übrig. Schon am frühen Morgen zogen unübersehbare Volksmassen dem Kreml zu. Sie füllten die Straßen um den Roten Platz herum, dem riesigen Paradeplatz Moskaus. Um 9 Uhr begannen die Abteilungen der Roten Armee in überaus großer Zahl auf dem Roten Platz einzutreffen. Punkt 10 Uhr begann die militärische Parade, die vom Volkskommissar für Heer und Flotte, Woroschilow, abgenommen wurde. Und dann begann der Vorbeimarsch Hunderttausender, der bis in die Abendstunden dauerte.

Vor dem Lenin-Grabmal an der Kremllmauer nahmen die bedeutendsten Sowjetführer, mit Stalin an der Spitze, Aufstellung. Stalin wurde bei seinem Erscheinen besonders stürmisch begrüßt. Unter den anwesenden fremden Diplomaten bemerkte man den japanischen Botschafter Matsuo, der auf der Durchreise nach Genf sich in Moskau einige Tage aufhielt.

Die Militärparade war sehr eindrucksvoll, vielleicht noch eindrucksvoller als die Parade des 1. Mai 1932. Der fremde Beobachter konnte feststellen, daß die Motorisierung des russischen Heeres weitere Fortschritte gemacht hat. Schwere Transportautos, riesige Tanks und enorme Panzerwagen dröhnten in höchster Geschwindigkeit über den Roten Platz. Flugzeuge kreuzten zu Hunderten in Geschwadern über dem Kreml und dem Lenin-Grabmal. Eine Sensation für sich waren vier kleine Luftschiffe, die ersten Luftschiffe Rußlands, die mit größter Genauigkeit ihre Manöver in der Luft ausführten. Mit nicht minder großem Interesse beobachteten die fremden Gäste die unendlichen Kolonnen bewaffneter Arbeiter und Arbeiterinnen, die dann über den Platz marschierten. Die Zahl der Paradebeteiligten ist mit 2 Millionen kaum zu hoch gegriffen.

Abends war die Stadt festlich beleuchtet. Sämtliche Plätze und fast alle Straßen und Häuser waren schon am Tage vorher festlich geschmückt. Die Dekorationspläne stammen von den berühmtesten Künstlern der Malerei und Büchse.

Die Festrede hielt, wie bei allen letzten Paraden, Kriegskommissar Klimentij (Klement) Woroschilow, üblicherweise in Rußland Klim genannt. Er ist ein guter Redner, wenn auch in keiner Weise mit dem Schöpfer der Roten Armee, Trotzki, zu vergleichen. Seine Rede enthielt nichts Aufsehenerregendes. Woroschilow sprach viel vom Frieden, aber auch von der Bereitschaft der Roten Armee, den Sowjetstaat zu verteidigen. Er unterstrich die internationale Bedeutung der Moskauer Revolutionsfeier und sprach dann von den Erfolgen des Wirtschaftsaufbaus und von den neuen Aufgaben, die noch zu lösen sind. Die Rede Woroschilows, wie ja die gesamte Parade, wurde durch Rundfunk ins ganze Land übertragen.

Während der Rede Woroschilows zog sich Stalin oben auf dem Lenin-Mausoleum etwas zurück. Man sah aber, daß er Woroschilow aufmerksam zuhörte. Mancher von den Anwesenden war enttäuscht. Er dachte, daß Stalin selbst die Festrede halten würde. Zumindest erwartete man, daß Stalin nach Woroschilow das Wort ergreifen würde. Aber Stalin schwieg.

Auch am Vorabend bei der prunkhaften Feier im Großen Theater, bei der Stalin gleichfalls anwesend war, schwieg er. Wann hat er überhaupt zum letztenmal in der Öffentlichkeit gesprochen? Man erinnert sich dessen kaum noch. Freilich: er ist kein erstklassiger Redner, und auch russisch spricht er mit fremdem Akzent, denn er ist Georgier. Aber er verfügt über eine angenehme Stimme und eine sehr genaue knappe Sprachweise. Außerdem ist seine Autorität so groß, daß sie allein Stalin veranlassen mußte, zumindest gelegentlich des 15. Jahrestages des Bolschewistischen Umsturzes das Wort zu ergreifen, um der Feier gewissermaßen die Krönung zu geben.

Wie auf dem Roten Platz dem Kriegskommissar Woroschilow, so überließ Stalin bei der Abendfeier im Großen Theater dem Vorsitzenden der Zentralkommission also, wenn man so will, dem Bundespräsidenten Kalinin das Wort. Die Ansprache Kalinins enthielt einen beachtenswerten außenpolitischen Teil. Besonders hob Kalinin die Besserung der russisch-japanischen Beziehungen hervor. In der Tat ist dies die entscheidende politische Tatsache neuesten Datums. Nicht umsonst blieb der bereits eingangs erwähnte japanische Botschafter Matsuo mehrere Tage in der russischen Hauptstadt. Zwar hat Matsuo in einem Interview erklärt, daß die japanische Delegation nach Moskau aus dem einzigen Grunde kam, weil dies der kürzeste Weg von Tokio nach Genf sei. Er habe sich in Moskau länger aufhalten können, weil die außerordentliche Ratstragung unerwartet vom 14. auf den 21. November verlegt worden sei. Es bleibt immerhin beachtenswert, daß Matsuo gerade Moskau zum „Beitritt“ gewählt hat. Man hat deutlich den Eindruck, daß die diesjährige Novemberfeier im Zeichen außenpolitischer Entspannung stand. Die Beziehungen zu Japan haben sich gebessert. Die Unterzeichnung des Nichtangriffspaktes mit Frankreich dürfte unmittelbar

bevorstehen. Ein ähnlicher Pakt mit Polen ist bereits paraphiert. Der schlimmsten äußeren Sorgen ist Rußland augenblicklich enthoben. Und mit den inneren, vor allen Dingen mit den Sorgen der Versorgung und der Organisation hofft man allmählich fertig zu werden. A. B.

„Woroschilow vor Gdingen!“

Aus Moskau steigt folgende Meldung des Ost-Expres vor:

Vor wenigen Tagen entstand Erregung in der polnischen Presse, weil mehrere Sowjet-Kriegsschiffe, darunter das Schlachtschiff „Marat“, in die Danziger Bucht einliefen und einige Zeit vor dem polnischen Hafen Gdingen kreuzten.

Die Blätter nannten diesen unangemeldeten Besuch unzulässig, forderten Sicherung der polnischen Hoheitsgewässer gegen solche Vorfälle ufm. Wie aus einer offiziellen Bekanntmachung in den „Iswestija“ hervorgeht, haben sich an Bord der „Marat“ während der Übungsfahrt der Kriegskommissar Woroschilow und der Chef der Sowjetkriegsflotte Driow befunden.

Japanische Delegation in Polen.

Die Verhandlungen des japanischen Sonderdelegierten Matsuo in Moskau, die anscheinend zu einer weitgehenden japanisch-bolschewistischen Verständigung über die Frage der Mandchurei geführt haben, finden in Warschau ganz besonders lebhaft Beachtung. Da Polen die Spannung im Fernen Osten seinerzeit zum Abschluß seines eigenen Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion ausnutzen konnte, ist die Warschauer Diplomatie jetzt darum bemüht, auch Anschluß an die neue Situation zu finden und Polen in irgend einer Form an der russisch-japanischen Verständigung zu beteiligen.

Matsuo wird auf der Durchreise nach Genf in Warschau Station machen und hier mit den maßgebenden polnischen Politikern verhandeln, nachdem bereits vor einigen Tagen ein Delegierter der sogenannten unabhängigen Mandchurei vorausgeschickt worden war.

Im Zusammenhang damit ist folgende Warschauer Meldung über

weitere Veränderungen in der polnischen Diplomatie beachtenswert:

Der bisherige polnische Gesandte in Moskau, Stanislaw Patek, ist von seinem Posten abberufen worden, und wird als Botschafter nach Washington gehen. Für Moskau ist der Wiener polnische Gesandte, Lukajewicz, ausersehen worden, gegen dessen Ernennung zum Moskauer polnischen Gesandten die Sowjet-

russische Regierung nichts einzuwenden hat. Der Washingtoner polnische Botschafter Filipowicz wird zum Botschafter in Tokio ernannt werden, da die Tokioter polnische Gesandtschaft zur Botschaft erhoben werden soll. Gleichzeitig soll die japanische Gesandtschaft in Warschau den Rang einer Botschaft erhalten.

Der neuernannte Stellvertretende Außenminister Graf Szembek ist bereits aus Bukarest, wo er bekanntlich polnischer Gesandter war, in Warschau eingetroffen, wo er seine Amtsgeschäfte in diesen Tagen übernehmen wird.

Russisches Del für Japan.

In Moskau ist Ende September ein Vertrag des russischen Petroleum-Exportsyndikats mit der japanischen Firma Matsukata über die Lieferung von Sowjetbenzin nach Japan abgeschlossen worden. Es handelt sich um große japanische Bestellungen für die nächsten fünf Jahre, die mit dem Jahre 1933 beginnen. Dieser Vertrag leitet das erste Benzingeschäft zwischen Moskau und japanischen Firmen ein.

Die Lieferungen sind vor allem für die japanische Flotte bestimmt, die dadurch von den bisherigen amerikanischen Erdöllieferungen unabhängig werden will. Die in der letzten Zeit viel besprochenen russisch-japanischen Verhandlungen dürften sich weitgehend auf der Ebene ähnlicher Vertragsabschlüsse bewegen. Japan weiß genau, daß die Sowjetunion auf Jahre hinaus sich jeder kriegerischen Handlung im Fernen Osten enthalten wird. Man unterstreicht infolgedessen gewissermaßen den neuen Fünfjahresplan und sichert sich gegen Amerika. Es ist jedoch durchaus nicht gesagt, daß damit auch bereits Entscheidungen über die eigentlich politischen Fragen (Anerkennung der Mandchurei) gefallen wären. Die russische Position ist — so dringend die Sowjet-Union auch der japanischen Aufträge bedarf — verhältnismäßig sehr günstig, da auf jeden Fall mit einer weiteren Verschlechterung der japanisch-amerikanischen Beziehungen gerechnet werden muß. G. W.

Schwere Kämpfe bei Charbin.

Mukden, 8. November. (Eigene Drahtmeldung.) Südlich von Charbin bei Schuantchenpu sind schwere Kämpfe zwischen japanischen Truppen und chinesischen Freischützern im Gange. Die Zahl der Freischärler wird auf 3000 geschätzt. Von Charbin ist zur Verstärkung sofort Artillerie abgerollt. Die Stadt Schuantchenpu wurde von den Chinesen gestürmt und geplündert. 100 Häuser sind vollständig niedergebrannt.

Blutige Straßentämpfe in Genf.

Genf, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Eine im Rathausaal von der Nationalen Union organisierte Manifestation mit dem Ziele, die Mitglieder der Genfer Sozialdemokratischen Partei Nicole und Dicker in den Anklagezustand zu versetzen, hat in der Stadt eine große Erregung hervorgerufen. Die Sozialisten und Kommunisten wollten die Manifestation unmöglich machen. In der Nähe des Saales kam es zu einem Kampf zwischen der Menge und der Gendarmerie, der gegen 9 1/2 Uhr abends in wahre Tumultszene ausartete. Eine Kompanie Infanterie, die zur Unterstützung der Gendarmerie entsandt worden war, wurde von der Menge umzingelt und teilweise entwaffnet; die Waffen wurden von der Menge vernichtet. Das Militär zog sich unter einem Steinregen zurück und gab eine Salve aus Maschinengewehren ab. Die Salve hatte den Erfolg, daß das Gebiet vorübergehend geräumt wurde, doch die Empörung dauert weiter an.

10 Tote, 65 Verletzte.

Genf, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Nach den bisher vorliegenden Meldungen hat es bei den Zusammenstößen 10 Tote und 65 Verletzte, darunter sehr viele Schwerverletzte gegeben. Bei den Opfern handelt es sich größtenteils um Teilnehmer an der sozialistischen und kommunistischen Kundgebung gegen die Versammlung der demokratisch-konservativen Gruppe.

Die Ziele der Aufruhr-Bewegung.

Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen haben die kommunistischen und sozialistischen Führer in Vorbereitung der Vorgänge in der Nacht zum Donnerstag folgende Weisungen erteilt:

1. Besetzung sämtlicher Cafés in der Umgebung des Saales, in dem die Versammlung der „Union nationale“ stattfand.
2. Entsendung eines Sturmtrupps in die Versammlung und Besetzung des Podiums.
3. Unterbrechung der Versammlung mit allen zu Gebote stehenden Mitteln.
4. Widerstand selbst mit Gewalt gegen jeden Versuch der Polizei, die Ordnung im Saal wiederherzu-

stellen oder außerhalb des Saales die Kundgebungen der Massen zu verhindern.

5. Besetzung der Straßen und allgemeines Vorgehen gegen die Truppen.

Die polizeilichen Ermittlungen haben ferner ergeben, daß die Unruhen von dem Kommunistenführer Tronchet geleitet wurden. Der Führer der Sozialisten Nicole erklärte in seiner

Ansprache an die Massen,

die Revolution sei in Genf notwendig geworden, die Massen müßten die Straßen besetzt halten und aktiven Widerstand gegen jedes Vorgehen der Truppen leisten. Die Revolution in Genf dürfe sich nicht auf die Schweiz beschränken, sondern sie müsse eine Weltrevolution werden!

Nach dem Sozialistenführer sprach der Führer der Kommunisten Lebet. „Heute gibt es keine Trennung mehr zwischen Sozialisten und Kommunisten. Wir müssen uns jetzt vereinen, um die Revolution zu machen. Die Sowjets feiern heute den 15. Jahrestag ihrer Revolution. Wir halten ganz zu ihnen. Es leben die Sowjets!“

Die bisherigen Mitteilungen ergeben ferner, daß die von der Polizei zur Unterstützung herbeigeholten Truppen, die auf Lastwagen eintrafen, sofort von der Menge angegriffen wurden. Die Truppen waren daher gezwungen, die Maschinengewehre in Stellung zu bringen und das Feuer zu eröffnen.

Die zahlreichen Toten und Verletzten wurden in die umliegenden Cafés und Speisehäuser gebracht und teilweise auf Billards und Tische gebettet. Die Genfer Behörden organisierten sofort einen umfangreichen Sanitätsdienst. Die Toten und Verletzten wurden sodann in das Kantonal-Krankenhaus gebracht.

Die Kundgebungen dauerten noch bis in die frühen Morgenstunden an.

Gruppen von Sozialisten und Kommunisten durchzogen bis in die späten Nacht- und frühen Morgenstunden unter Gesang der „Internationale“ die Straßen. Die Polizei hatte unterdessen die gesamte Feuerwehr mobilisiert, die bei ihrem Erscheinen überall von den Massen mit wüstem Geschrei begrüßt wurde, ohne daß jedoch die Versuche der Menge, die Feuerwehrräder zu besetzen, gelangen.

Der Fall Pleß vor dem Haag.

Vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag begann am Montag vormittag der Prozeß gegen Polen in Sachen der Steuerforderungen und Kolonisationsversuche bei der Fürst Pleßschen Güterverwaltung. Die Angelegenheit ist seit zwei Jahren beim Völkerbundrat anhängig und wurde durch diesen nach dem Haag verwiesen.

Der deutsche Standpunkt in der Klage geht dahin:

1. daß das Verhalten der polnischen Behörden und Regierungen in Sachen der Einkommensteuer 1925 bis 1930 eine Verletzung des Minderheitenvertrages darstellt;
2. daß die Polnische Regierung für den hierdurch entstandenen Schaden Ersatz zu leisten habe;
3. daß die Fürst Pleßsche Güterverwaltung bei der Anstellung von Beamten und Arbeitern völlige Freiheit ohne Rücksicht auf Sprache und Volkstum habe.

Die Polnische Regierung hat gegen die Behandlung der Angelegenheit vor dem Haager Gerichtshof unter dem 10. 10. schriftlichen Einspruch erhoben. Die Verhandlung hatte sich also zunächst mit der Zuständigkeit des Gerichtshofs zu befassen. Sachwalter der deutschen Interessen ist Professor Dr. Erich Kaufmann - Berlin, Polen wird von Dr. Sobolewski und dem Pariser Professor Jaze vertreten.

Der Verhandlung am Montag, über die wir im wesentlichen einen Bericht des „Oberschlesischen Kuriers“ wiedergeben, wohnten auch der Fürst von Pleß, sowie die Gesandten von Polen und Deutschland bei. Der polnische Vertreter Dr. Sobolewski erklärte, daß Meinungsverschiedenheiten dieser Art nicht vor eine internationale Gerichtsstanz gebracht zu werden pflegten, solange der Weg über die nationalen Gerichtsinstanzen nicht erschöpft sei. Außerdem handele es sich hierbei nicht um eine Meinungsverschiedenheit, die der Deutschen Regierung das Recht gebe, die Angelegenheit auf Grund des Artikels 72 der Genfer Konvention vor den Gerichtshof zu bringen. Eine Meinungsverschiedenheit müsse erst festgestellt werden, damit dies möglich sei und es treffe nicht zu, daß dies, wie die Deutsche Regierung behauptete, nicht notwendig sei, wenn es sich um Bestimmungen hinsichtlich des Schutzes der Minderheiten handele.

Der zweite Vertreter Polens, Professor Gaston Jaze aus Paris, bestritt der Deutschen Regierung ebenfalls das Recht, die Angelegenheit vor den Internationalen Gerichtshof zu bringen, ehe nicht die in Artikel 72 vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt seien. Der Prinz von Pleß gehörte tatsächlich der deutschen Minderheit an. Er sei jedoch nicht der erste Beste, sondern der Präsident des Deutschen Volksbundes, über den Professor Jaze sich die ebenfalls unerhörte wie unwahre Behauptung leistete, daß es eine sehr aktive Vereinigung sei, die es sich angelegen sein lasse, bei der deutschen Minderheit die separatistischen Leidenschaften anzufachen (??!). Formell trete das Deutsche Reich in dieser Angelegenheit für ein Mitglied der deutschen Minderheit ein, in Wirklichkeit aber unterstütze sie die Führer der antipolnischen Agitation (??!), die das Ziel verfolgten, Schlessen wieder unter preussische Souveränität zu bringen. In diesem Zusammenhang zitierte Jaze Erklärungen von Politikern und Zaleski in einer Ratstagung des Jahres 1928, in denen der jetzt zurückgetretene Außenminister von der großen Liberalität gesprochen habe, die die Polnische Regierung durch Duldung des Volksbundes zeige, obgleich verschiedene Mitglieder sich des Hochverrats schuldig gemacht hätten. (Die Prozesse haben das Gegenteil dieser Behauptung bewiesen! D. R.) Die Deutsche Regierung glaube, daß vor den Gerichtshof alle Meinungsverschiedenheiten gebracht werden könnten, die Artikel 67 und 68 der Genfer Konvention betreffen, und daß der Gerichtshof in der vorliegenden Angelegenheit zuständig sei. Der Gerichtshof könne nur dann feststellen, daß eine Verletzung der Verpflichtungen Polens gegenüber den Minderheiten zum Nachteil des polnischen Untertans deutscher Abstammung erfolgt sei, wenn alle nationalen Rechtsmittel erschöpft seien. Gäben die polnischen Behörden schließlich dem Fürsten recht, dann könne von keiner Verletzung die Rede sein. Zur Unterstützung des polnischen Standpunktes berief sich Jaze auf frühere Entscheidungen des Gerichtshofes sowie auf die vorbereitende Umfrage für die Haager Konvention in der Angelegenheit der Kodifizierung des internationalen Rechts. Wenn ein zivilisiertes Land unparteiische und unabhängige Gerichte habe, so sei eine internationale Entscheidung überflüssig. Außerdem bringe dies eine Störung der internationalen Beziehungen mit sich.

Die Deutsche Regierung bezweifle die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit der polnischen Gerichte nicht. Der Fürst von Pleß könne daher vollkommene Genugtuung vor dem polnischen Gericht bekommen. Diese Beweisführung treffe um so mehr zu, als zwischen den beiden Regierungen in der oberschlesischen Frage gespannte Beziehungen beständen und der Prinz von Pleß aktiver und mächtiger Präsident des Deutschen Volksbundes sei. Die Polnische Regierung betrachte die deutsche Intervention als eine wenig freundschaftliche Tat. Trotzdem die Angelegenheit Pleß noch vor dem polnischen Oberverwaltungsgericht verhandelt werde, habe Deutschland die Angelegenheit vor den Gerichtshof gebracht und um sofortige Entscheidung gebeten, ohne die in Kürze zu erwartende Entscheidung des erwähnten polnischen Gerichts abzuwarten. Sollte der Internationale Gerichtshof dem deutschen Wünsche stattgeben, dann würde die polnische Rechtsprechung in den Verdacht geraten, nicht die Rechtsprechung eines zivilisierten Volkes zu sein.

Professor Jaze erklärte zum Schluß unter Berufung auf Artikel 73 der Genfer Konvention, daß die nationalen Gerichtsinstanzen verpflichtet seien, zu untersuchen, ob die gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften mit den Bestimmungen über die Rechte der Minderheit in Einklang seien. Daraus ergebe sich, daß die erwähnten Gerichte die ersten Verteidiger der Rechte der Minderheiten seien.

Der deutsche Vertreter Professor Erich Kaufmann aus Berlin beantragte eine eintägige Unterbrechung der Verhandlung, indem er darauf hinwies, daß der Vertreter der Polnischen Regierung im politischen Teil seiner Ausführungen sich auf verschiedene Tatsachen und Schriftstücke berufen habe, bezüglich derer er erst Informationen einholen müsse, um ausführlich antworten zu können.

Darauf wurde die Verhandlung auf drei Tage vertagt.

Es gibt nur eine Lust — Schaffen! Die nur leben, die schaffen. Alle anderen sind Lebensfremde, Schatten, die über die Erde fortfliehen. Alle Freuden im Leben sind auch Freuden des Schaffens: Liebe, Genie, Tat — fackeln der Kraft aus einer einzigen Flamme entflammt. Die selbst, welche nicht Raum am großen Herd finden: Streber, Egoisten und fruchtlose Prasser, möchten sich an seinem verbläuten Widerschein wärmen.

Schaffen im Leiblichen oder Schaffen im Geistigen heißt dem Gefängnis des Körpers entfliehen, heißt sich in den Sturm des Lebens stürzen, heißt Der sein, welcher ist. Schaffen heißt den Tod besiegen.

Wehe dem Unfruchtbaren, der auf Erden allein und verloren bleibt, den eigenen verdorrten Leib betrachtet und die Nacht in ihm, aus der niemals Flammen des Lebens schlagen werden! Wehe der Seele, die sich nicht fruchtbar fühlt, die nicht schwer ist von Leben und Liebe wie ein Blütenbaum im Frühling! Die Welt mag sie mit Ehren und Glück beschütten: sie krönt einen Leichnam.

Romain Rolland
aus dem Roman „Johann Christof.“

Papen will verhandeln.

Berlin, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) In einem durch das Conti-Bureau veröffentlichten Communiqué wird festgestellt, daß das Reichskabinett in seiner gestrigen Sitzung sich für die Einleitung von Schritten ausgesprochen habe, die auf die Bildung eines Lagers der sogenannten nationalen Konzentration abzielen. Die Regierung stellt das Gerücht in Abrede, nach welchem die einzelnen Regierungsmitglieder in dieser Sitzung ihr Rücktrittsgesuch eingereicht hätten, im Gegenteil seien alle entschlossen, auf dem bisherigen Wege anzuharren und alle Experimente abzulehnen.

Im Ergebnis der Beratungen, die bis in den späten Abend hinein dauerten, kam man dahin überein, daß Reichskanzler von Papen morgen dem Reichspräsidenten von Hindenburg einen Besuch abstatten und ihm entsprechende Anträge in der Frage der Anbahnung von Verhandlungen mit den Führern der einzelnen Parteien unterbreiten solle. Außerdem sollen Konferenzen mit den Ministerpräsidenten der Länder stattfinden, die zur Sitzung des Staatsrats nach Berlin gekommen waren. Die Behandlung des Problems der Verfassungsreform und der Kontingente wurde bis zur nächsten Kabinettsitzung vertagt.

In Kommentaren zu dem Beschluß des Reichskabinetts betont die Berliner Presse, daß Reichskanzler von Papen nach Erlangung des Einverständnisses des Reichspräsidenten Verhandlungen mit den Führern der Nationalsozialistischen, der Deutschnationalen Partei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei aufnehmen werde. In Vertretung Hitlers soll zu der Konferenz einer der hervorragendsten Parteiführer nach Berlin kommen. Papen wird von den Parteiführern die Unterstützung für die Bemühungen fordern, eine Regierung der nationalen Konzentration zu bilden. Erst wenn es gelingt, in dieser Frage zwischen den Parteien eine Einigung zustande zu bringen, soll man sich mit der Frage der personellen Zusammenfassung des künftigen Kabinetts beschäftigen.

In Berliner politischen Kreisen hält man an der Ansicht fest, daß die Aktion des Reichskanzlers in der Richtung der Bildung der sogenannten nationalen Konzentration keine positiven Ergebnisse zeitigen werde, so daß das Reichskabinett zum Rücktritt gezwungen werden wird.

Roosevelts Regierung.

New York, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie die Blätter melden, wird sich die kommende Regierung Roosevelts voraussichtlich wie folgt zusammensetzen: Außenministerium — Newton Baker, Finanzen — Owen Young, Kriegsministerium — Albert Ritchie, Marine — Mac Adoo, Inneres — Gilbert Hitchcock, Landwirtschaft — Harry Byrd, Arbeit — Miss Frances Perkins, Handel — Evans Woollen, Generalstaatsanwalt — Thomas Walsh, Post — James Farley.

Nach den bisherigen Berechnungen hat Roosevelt bei der letzten Wahl 17 Millionen, Hoover 12 880 000 Stimmen erhalten. Gewählt wurden in das Parlament 278 Demokraten und 81 Republikaner. Bis jetzt fehlen noch Meldungen über 78 Mandate. Der Senat zählt gegenwärtig 58 Demokraten, 35 Republikaner und einen Farmer. Für zwei Kandidaten liegen die Ergebnisse noch nicht vor.

Vorzeitiger Rücktritt Hoovers?

New York, 10. November. (Eigene Drahtmeldung.) Hoover hat für die nächste Woche eine Zusammenkunft der Führer der Republikanischen Partei nach Washington einberufen, um, wie verlautet, mit ihnen die Angelegenheit seines Rücktritts vor dem Ablauf des Amtstermins am 3. März 1933 zu besprechen.

Schon vor der Wahl bildete dieser Gedanke den Gegenstand von Erwägungen.

Ruhiger Wahlverlauf in den Vereinigten Staaten

New York, 10. November. (P.M.) Wie wir bereits gestern melden konnten, ist Roosevelt mit auffallend großer Stimmenmehrheit zum Präsidenten der Vereinigten Staaten gewählt worden. Seit 12 Jahren tritt damit zum ersten Mal eine demokratische Regierung an die Stelle der Republikanischen. Im Staate New York hat Roosevelt einen durchschlagenden Erfolg errungen, da in diesem Bezirk auf ihn 1 297 210 Stimmen entfielen, während Hoover nur 498 815 Stimmen erhielt. In New York versammelte sich vor dem Hotel Baltimore, dem Sitz der Demokraten, eine riesige Menschenmenge, die dem neuen Präsidenten in dem Augenblick begeistert Ovationen darbrachte, als er morgens aus dem Hotel austrat. Die Wahlen nahmen in sämtlichen Staaten einen ruhigen Verlauf; es wurden nirgends Zwischenfälle notiert mit Ausnahme einer Stadt im Staate Ohio, wo Schlägereien stattfanden, wobei einige Personen verletzt wurden. Die

meisten amerikanischen Zeitungen haben den Sieg der Demokraten günstig aufgenommen und kündigen eine bessere Zukunft an.

Abschiedessen für Zaleski.

Im Klub der Beamten des Außenministeriums hat am Montag ein Abschiedessen für den zurückgetretenen Außenminister Zaleski stattgefunden, das von den Beamten dieses Ministeriums veranstaltet wurde. In dieser Feier nahmen auch der neuernannte Außenminister Beck und der neuernannte Vizeminister Szembek teil. Bei dieser Gelegenheit hielt Minister Beck eine Rede, in der er die Verdienste Zaleskis um den Staat hervorhob. Herr Zaleski dankte den Beamten des Ministeriums für die Zusammenarbeit und versicherte seinem Nachfolger, daß diese auch weiterhin dem Nachfolger gute Dienste leisten würden.

Am Nachmittag fand zu Ehren Zaleskis beim Ministerpräsidenten Prystor ein Empfang statt, zu dem auch Marschal Pilsudski erschienen war.

Botschafter, Bankdirektor oder Staatspräsident?

Im Zusammenhange mit dem Rücktritt des Außenministers Zaleski sind jetzt die verschiedensten Gerüchte über dessen weitere Laufbahn aufgetaucht. Es wird davon gesprochen, daß Herr Zaleski nicht sofort ein neues Amt anstreben werde; mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand werde er damit vielleicht noch einige Monate warten. Man spricht auch davon, daß Herr Zaleski die polnische Botschaft in Paris oder London, wahrscheinlicher aber den Londoner Posten übernehmen werde, ferner daß Herr Zaleski als Senator an die Spitze der Regierungsschloß treten solle, um auf parlamentarischem Gebiet tätig zu sein. Des weiteren wird erzählt, der zurückgetretene Außenminister Zaleski solle Präsident der Handelsbank werden, da die Bank nach dem Tode des Fürsten Lubomirski ohne Leiter geblieben ist.

Schließlich wird immer noch an dem aus Paris kolportierten, höchst unglaubwürdigen Gerücht festgehalten, daß Herr Zaleski zum Nachfolger des Staatspräsidenten Moscicki ausersehen sei.

Spyonage-Prozesse.

In den letzten Tagen ist eine neue Flut von Spyonage-Prozessen über Polen dahingegangen. Das Standgericht in Nowo verurteilte einen jüdischen Händler und drei polnische Bauern aus Dörfern der Umgebung von Nowo wegen Spionage zugunsten Russlands zum Tode. Da der Staatspräsident von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch machte, ist das Urteil an allen vier Delinquenten vollstreckt worden.

Vor kurzem sind, wie wir bereits meldeten, auch vom Bezirksgericht in Wilna zwei junge Bauern der östlichen Grenzbezirke des Wilna-Gebiets zum Tode, zwei andere zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt worden. Der Staatspräsident hat das Gnadengesuch der Verteidigung noch nicht erledigt.

Der polnischen Presse zufolge ist in dem Warschauer Stadtteil Praga der Leiter der Konstruktions-Abteilung II der Artillerie-Werkstätten, Hauptmann Loncekowsky, verhaftet worden. Ähnlich wird über den Grund der Verhaftung nichts bekannt gegeben.

Der Papst schützt die Muttersprache

Durch eine Verordnung des Königs von Italien war angeordnet worden, daß dreißig italienische Religionslehrer nach Südtirol entsandt werden sollten, um den Religionsunterricht in italienischer Sprache abzuhalten. Bisher war der Unterricht an den deutschen Schulen von deutschen Priestern erteilt worden. Auf Vermittlung der Bischöfe von Trient und Brigen hat der Papst jetzt die Bischöfe angewiesen, die Vehrätigkeit von italienischen Geistlichen, die von auswärts in die Diözesen Trient und Brigen gesandt werden, grundsätzlich zu verbieten. Durch diese Verordnung des Papstes bleibt den deutschen Kindern in Südtirol der deutsche Religionsunterricht erhalten.

Zwangweise Gentung des Privat-Zinsfußes

Im „Dziennik Ustaw“ Nr. 98 vom 9. d. M. ist eine Verordnung des Finanzministers erschienen, die eine Neuregelung des Zinsfußes für alle Institute bringt, die sich mit Bankgeschäften befassen. Die Verordnung sieht u. a. vor, daß beim Wechseldiskont, für Debet-Salden auf laufende Rechnung, für Kredite, für Lombard-Kredite, Garantien usw. der Zinsfuß im Jahresverhältnis nicht mehr als 9% Prozent betragen darf. Ausgenommen sind die genossenschaftlichen Kredit-Institute in ganzem Polen und die kommunalen Sparkassen der Wojewodschaften Wilna, Nowogrodek, Polesien, Wolhynien, Wialystok, Tarnopol und Stanislan. In diesem Falle darf der Zinsfuß nicht 10 Prozent übersteigen. Eine weitere Verordnung wird den Termin bestimmen, von welchem ab auch diese Ausnahmen aufgehoben werden.

Die Bestimmung über die Neuregelung des privaten Zinsfußes umfaßt nicht die Postkosten, Stempelgebühren und die Umfaprovitionen in laufender Rechnung, die nicht 1/2 Prozent im Vierteljahr von der größten Seite des Kontos betragen darf.

Die Verordnung sieht ferner eine Reihe von Bestimmungen bezüglich der Kontrolle vor. Die Verordnung ist mit dem 9. d. M. in Kraft getreten, gleichzeitig hat die Verordnung über den Geldwucher vom 15. Juli 1932 ihre Rechtsgültigkeit verloren.

Gronaus Weltflug beendet.

Auf dem Bodensee niedergegangen.

Altentheim bei Rorschach, 9. November. Der deutsche Weltflieger Wolfgang v. Gronau ist um 16.10 Uhr bei den Dornierwerken in Altentheim glatt gelandet. Er wurde von dem Erbauer seines Flugzeuges, dem bekannten Ingenieur Dr. Claudius Dornier, und anderen Herren der Dornierwerke begrüßt. v. Gronau hat die erwartete erfolgte Wetterbesserung benutzt und war 1 Uhr 45 in Genna zu seiner letzten Etappe gestartet. Er überflog den Lago Maggiore und den Splügenpass.

Statt besonderer Anzeige.
Nach langem mit Geduld getragenen Leiden entschlief heute Nacht sanft unsere liebe, gute Mutter, Schwester, Schwiegermutter, Großmutter und Tante

Frau Alara Knopf
geb. John
im fast vollendeten 77. Lebensjahre.
In tiefer Trauer
Die Hinterbliebenen.
Swiecie, den 8. November 1932.
Die Beerdigung findet Freitag, den 11. November, nachm. 2 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus statt.

ALLE spielen in der **Kollektur des Glückes**

W. Kaftal i Ska.
Filiale: BYDGOSZCZ, ulica Jagiellońska 2
vis-à-vis der Klarissen-Kirche.
ZENTRALE KATOWICE.

Große Prämie samt Gewinn Złoty 225 000.— auf die Nr. 5351
sowie eine Anzahl Gewinne à 20 000, 15 000, 10 000, 5 000 usw. fielen in der vorigen 25. Lotterie in der **Kaftal-Kollektur.**

Schon am 17. d. Mts. beginnt die Ziehung der 1. Klasse der 26. Lotterie.
Hauptgewinn 1.000.000 Złoty!

Achtung! Die Spieler der ehem. Kollektur der Frau Rejewska können noch bei uns die bisherigen Nummern der Lose ankaufen

Nachruf!
Am 2. November 1932 verschied unser Vorstandsmitglied

Frau Rittergutsbesitzer Ruth v. Blücher Ostrowitt.

Mit vorbildlicher Aufopferung hat dieselbe unserem Verein stets zur Seite gestanden. Tief erschüttert bedauern wir den so frühen Heimgang der edlen Entschlafenen, deren Andenken wir stets in Ehren halten werden.

Deutscher Frauen-Verein für Jablonowo.

Polstermöbel
Neben unseren altbekannten, guten schweren Qualitäten jeder Art fabrizieren wir jetzt auch etwas leichtere Sorten zu konkurrenzlos billigen Preisen bei fachgemäßer Ausführung u. zw.:

Auflegematratzen von zł 18.— an
Chaiselongues von zł 36.— an
Sofas von zł 125.— an
Klubgarnituren von zł 375.— an

Gebrüder Tews, Toruń
Telefon 84 7982 Mostowa 30
Größtes und ältestes Möbelausstattungshaus am Platz!
Möbel-Reparaturen, Aufpolstern und Modernisieren alter Polstermöbel in eigenen Werkstätten bereitwilligst sofort.

GREY 8897
empfiehlt
St. Martinhörnchen
bekannter Güte.

Im Zentrum Danzigs ist ein **Ed-Grundstück** mit kleinerer Restauration (Bürostuben) zum Preise von 60 000 Gulden mit kleiner Anzahlung **zu verkaufen.** Zuschriften erbeten an **Guzart G. m. Danzig, Milchmännchen- b. S., Danzig, gasse 33/34.**

Beste Kapitalanlage!
Gut verzinsliches, neues, erstklassiges **4-Familien-Wohnhaus in Braut** bei Danzig mit allem Komfort eingerichtet, sehr preiswert zu verkaufen. **5-Zimmer-Wohnung frei.**
Johannes Schulz, Baumeister, Braut. 8875

Bankverein Sepólno
eingetr. Genoss. m. unb. Haftpflicht
gegründet 1883.

Günstige Verzinsung
von **Spareinlagen.**

An- und Verkauf ausländischer Geldsorten.

Zurückgekehrt!
Dr. Brauer
Facharzt für Haut- und Geschlechtskrankheiten
Röntgen- und Lichtbehandlung
Danzig, Stadtraben 8
Sprechstunden 10-1 1/2 und 5-7.

Stellengesuche
Jung, strebsam, Landwirtschaft sucht Stellung als **Oberinspektor.** Sucht ist Best. erhl., energisch u. zielbewußt. Sparamer Disponent, der auch unt. schwierig. Verhältn. wirtschaften kann. Off. unt. N. 4215 an d. Geschft. d. Ztg. erb.

Rasiermesser u. Scheren
werden fachmännisch geschliffen bei **Fr. Wilke, Gdańska 22.** Tel. 73.

Landwirtschaftlicher Beamter
26 Jahre alt, evang., an strengere Tätigkeit gewöhnt, sucht ab 1. 1. 33 oder später

1. Beamtenstellung
Bin beid. Landespr. in Wort u. Schrift vollm. macht, pa. Zeugn. und Empfehlung. Stehen zur Seite. Off. unt. N. 8874 an d. Geschft. d. Ztg. erb.

Soll Ihr Schornstein wieder rauchen?



und Ihr Verdienst sich heben

Dann bestellen Sie Ihre Werbedrucksachen bei uns und Sie haben **sicheren Erfolg!**

A. DITTMANN i. Z.
Bydgoszcz,
Marszałka Focha 6 / Dworkowa 13.

Obstbäume und Beerenobst in altbekannter Güte, aus eigener Baumschule verkauft **4231**

Adams Gärtnerei u. Baumschulen
Bydgoszcz-Sreteru, Zmudata 11. Tel. 753.

Suche verschied. Sort. raffinerie **Raninchen** zu kauf. Meld. u. E. 8910 a. d. Geschft. d. Ztg. erb.

Einladung
zur zweiten ordentlichen **Generalversammlung** des Spar- und Kreditvereins Achnia am **Sonnabend, dem 19. November 1932** nachmittags 4 Uhr im **Hotel Rosset zu Achnia.**

Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht des Vorstandes
2. Bericht über die gezielte Revision
3. Wahlen u. Ersatzwahlen zum Vorstande
4. Wahlen u. Ersatzwahlen z. Aufsichtsrat
5. Geschäftliche Angelegenheiten.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrats: **Breitag.**

Bieltzer Stoffe sind die besten!
Ihren Bedarf von Anzugs- und Mantelstoffen können Sie sich direkt aus Bieltz besorgen. Ich liefere garantiert erstklassigste Bieltzer Qualitäten in den modernsten Mustern zu günstigen Preisen. Verlangen Sie vollkommen unverbindlich und kostenlos (selbst Rückporto füge ich bei) meine neue Musterkollektion. Außerst solide Bedienung.
Fa. Wiktor Thomke
wyrób i skład sukna, Bielsko-Kamienica

Wirtschaftler
auf einer Wirtschaft von 150 Morg. aufwärts, d. selbst mit Hand anlegt, d. poln. Sprache macht. Gefl. Angeb. unt. N. 4215 an d. Geschäftsft. d. Ztg.

Junger, verheirateter Förster
evgl., vertr. i. all. Zweig. d. Forstwirtsch., passion. Jag. u. Seger, Waldhornbl., la Raubzeugf., erhl. u. gewissenf., sucht b. besch. Anprüchen f. Gehalt od. spät. Stellung. Gefl. Off. u. E. 8919 a. d. Geschft. d. Ztg. erb.

Brenn- u. Vertwalter
Poln. i. Wort u. Schrift, vertr. m. Genossensch., sucht Stellung f. Kamp. Gefl. Angeb. u. E. 4241 a. d. Geschft. d. Ztg. erb.

Gügewerks-Maschinent
m. langj. Erfahr., bewand. m. Repar. u. Behandl. v. Dampfmasch., Holzbearb.-Maschinen, elektr. Lichtanl., Sägeschärf. u. Ausn. von Holz, sucht Stellung. Gefl. Off. unt. N. 4202 a. d. Geschft. d. Ztg. erb.

Rindergärtnerin
in Danzig ein Jahr das Seminar besucht, sucht gest. auf ein gutes Zeugnis, Anstellung am liebsten im Rindergarten od. christl. lichen Hause. Gefl. Angeb. unt. N. 8853 an die Geschft. d. Ztg.

Pianos
empfeilt sehr billig **B. Sommerfeld,** 8788 u. Sniadeckich 2.

Guter gebrauchter **Flamm-Rohrgefäß** mit mindestens 8 Atm. zu kaufen gesucht.

Hölzel, Birkened, v. Brodnica. 8886

Fahrb. 12 PS. Motor, "Deug", f. Benzin oder Benzol, m. Vorgelege, außerord. liegend, 12-16 PS. Motor, "Deug", f. Benz. od. Leuchtgas, in tabell. Zust. zu verk. Im Betr. zu best. 8877 **W. Bied, Dzialdowo.**

Westfälischer Küchenherd zu verkaufen **Jackow-kięgo 27, Wg. 3.** 4240

3-Zimmer-Wohnung 1. Etage, sof. zu verm. Off. m. Ang. d. Berl. unt. **G. 4099a d. Geschft. d. Ztg.**

In Kreisstadt größeres **Geschäfts-Sofal mit Wohnung** in bester Geschäftszone (am Markt), ab 1. 1. 1933 zu vermieten. Nähere Auskunft durch **Verband für Handel und Gewerbe Pöznau, Zwierzyniecka 8.** 8871

Selle, geräum. Kofalitäten, geeignet für Geschäftszwecke, im Erdgesch. ab sof. zu verm. Off. erbitt. **M. Scholz, Pöznau, sw. Marcin 43.** 8901

Steuerfachen bearbeitet **Arynicki, Długa 2** (Friedrichstr.) 4167

Oberschles. Steinkohlen Hüttenkoks Briketts und Holz
liefert in jeder Menge **Gustav Schlaak,** ul. Marcinkowskiego 1 **Nicht identisch mit Fa. Schlaak & Dabrowski.** Telefon 1923

Wer ert. Unterricht im Nähen? Gefl. Off. u. E. 4222 a. d. Geschft. d. Ztg.

Guter **Prob.-Mittagstisch** **Piotra Stargi 5, W. 4.**

Seirat
Jng., Chem. (Musl.), f. Bekantlich, ja. Dame, evtl. spät. Che. Off. unt. **N. 4224 a. d. G. d. Ztg.**

Süddeutscher Handwerker, Landgrundstück sucht **Lebensgefährtin.** Bern. erwünscht. Off. unt. **E 8896 a. d. G. d. Z.**

Wolfshund
Wer übern. Dressur eines Hundes, 10 Monate alt? Angeb. unter **N. 8889** an die Geschäftsft. d. Ztg. erb.

Zwecks Frachtersparnis **suche Beteiligung a. Waggonladung.** nach Radowitz. Offert. unter **N. 8898** an die Geschäftsft. d. Ztg. erb.

Bestandtschaft mit alleinstehender, gebil. evgl. älterer Frau, d. des Polnischen mächtig ist, gesucht. Nicht anonyme Meldg. u. **N. 8920 a. d. G. d. Ztg.**

Drahtseile
außer Syndikat für alle Zwecke liefert **B. Muszynski,** Seilfabrik, Lubawa. 8890

25 Färten
ca. 6 Zentner schwer, aus milchreicher Herdbuchherde, gibt ab, da überzählig **Dom. Rotomierski,** pow. Bydgoszcz.

Müller
26 Jahre alt, ev., ledig, Deutsch u. Poln. perf., firm in allen Mülereiarbeiten, sowie in Führung von Motoren, Elektr., Dampf, Wasser und Auto, sucht ge. auf gute Zeugnisse und Referenzen, von sofort od. spät. Stellung. Gefl. Off. u. E. 8852 an die Geschft. dieser Zeitung erbet.

Suche zu sofort oder später Stelle als **Brennerei-Gehilfe od. Hofverwalter.** Bin evang., d. deutsch. und poln. Spr. in Wort und Schr. mächtig. Zuschriften unter **N. 8872** a. d. Geschft. d. Ztg. erb.

Un- u. Vertäufe
Geschäft m. Einricht., geeignet für Delikatesswaren od. sonst. Br., i. Zentr., zu verk. Zu erfrag. in der Geschäftsft. die. Ztg. 4280

Vertäufe Kolonialwarengesch. a. Markt. Offerten unter **N. 4232** a. d. Geschft. d. Ztg. erb.

Zweiflüßig. Haus Dworkowa, Mietel 4200 Zl., Br. 80000, Ang. 50000, a. verk. Off. u. E. 4236 a. d. Geschft. d. Ztg. erb.

Rehwiese zu verk. bei Rembinel. Off. u. E. 4219 a. d. Geschft. d. Ztg. erb.

Wirtin
vertraut mit Kochen, Baden, Wurtmachern, Räucherw., Einweiden, Geflügelzucht, Nähen, Scheut sich v. kein Arbeit, sucht Stellung. Monatl. 20 Zl. Off. unt. **Christl. N. 8911** an die Geschäftsft. d. Ztg. erb.

Zittauer Speise-Zwiebel la Ware, verkauft **Dressel, Kopienno,** pow. Wągrowiec. 8800

Dźwiękowy Kino-Teatr „NOWOŚCI“
Bydgoszcz, Mostowa 9 - Tel. 386.
Genialste Schöpfung der modernen Technik und des menschlichen Genies.
Anfang pünktlich um 19.10 und 21.10 - Sonntags 15.20.
Von heute an:
Großes Drama eines englischen Offiziers aus dem „Intelligence Service“ welcher während des Weltkrieges auf der deutschen Seite Spion war. Große Explosion eines Munitionslagers.

Recital-Konzert
von Prof. Zygmunt Lisicki findet am Montag, dem 14. November d. Js. in d. Aula d. Kopernikus-Gymnasiums statt. (Siehe Rubrik: Veranstaltungen. 8904)

Deutsche Bühne
Bydgoszcz, Z. 3.
Donnerstag, d. 10. Nov. abends 8 Uhr
Festvorstellg. z. Feier des 12jährigen Bestehens der Deutschen Bühne und zur Feier der Wiedertehr von **Schillers Geburtstags**
Maria Stuart
Trauerspiel in 5 Aufzügen v. Friedrich v. Schiller.
Sonntag, 13. Novbr. 82. nachm. 3 Uhr:
Fremden- und Schüler-Vorstellung zum unweigerlich letzten Male:
Der Kaufmann von Venedig.
Lustspiel v. Shakespeare
Abends 8 Uhr:
Jar und Zimmermann.
Römische Oper von Lortzing.
Eintittsarten wie üblich.
8899 **Die Leitungs-**

Plan W
Realisation: **Viktor Saville.** In den Hauptrollen: **Brian Aherne** und **Magdalena Carol,** die Stars des Tonfilms Atlantic.
Dieses groß Werk, dessen Realisation Millionen kostete, wurde unter Mitwirkung des englischen Spionagebüros während des Weltkrieges bearbeitet. Das ganze Werk macht einen gewaltigen Eindruck durch seine realistische Realisation. Die Aufmerksamkeit des Zuschauers ist vom Anfang bis zum Ende gespannt. 8922

Kino Kristal Beginn täglich: 5^h 7^h und 9^h. 8908

Das Lied einer Nacht mit **Jan Kiepura** und **Magda-Schneider.** Diesen Film muß ein jeder gesehen haben! Wer noch nicht bisher die Gelegenheit hatte, diesen herrlichen Film sich anzusehen, der versäume es nicht.

Gesang! Musik! Humor! Witz! Herrliche Landschaften! Deutsch. Beschreibung.

Pommerellen.

10. November.

Deutsches Konsulat für Pommerellen.

Das Deutsche Konsulat für Pommerellen in Thorn ist am 16. d. M. anlässlich des Buß- und Bettages geschlossen.

Graudenz (Grudziadz).

Das Schlichtungsamt für Kreditangelegenheiten der Kleingrundbesitzer

Im Landkreis Graudenz befindet sich, wie amtlich mitgeteilt wird, im Kreisstarostwo in Graudenz, Mühlenstraße (Młynska) Nr. 20/21. Die Aufgabe des Schlichtungsamtes besteht darin, auf Antrag des Schuldners bzw. des Schuldners und Gläubigers entsprechend der Zahlungsfähigkeit und wirtschaftlichen Kraft des Schuldners zu entscheiden.

Die Spruchfällung des Schlichtungsamtes kann nur umfassen: 1. den Termin oder die Termine der Abzahlung schon zahlbarer Verpflichtungen, auch mit Zerlegung in Raten auf einen Zeitraum, der nicht länger als drei Jahre vom Datum der Entscheidung betragen darf; 2. Vermögensvorteile, die der Gläubiger in Zukunft erzielen kann, jedoch nicht unter dem vom Finanzminister festgesetzten Prozentsatz.

Thorn (Toruń).

Apotheken-Nachdienst von Donnerstag, 10. November, abends 7 Uhr, bis Donnerstag, 17. November, morgens 9 Uhr einschließlich, sowie Tagesdienst am Sonntag, 13. November, hat die „Löwen-Apothek“ (Apteka pod lwem), Elisabethstraße (ul. Król. Jadwigi) 1, Fernsprecher 269. * *

Von der Weichsel. In langsamem Ansteigen begriffen, betrug der Wasserstand Mittwoch früh 0,91 Meter über Normal (gegen 0,82 Meter am Vortage). Aus Warschau trafen die Dampfer „Witez“ und „Gonic“ ein, von denen letztgenannter wieder zurückfuhr.

Öffentliche Ausschreibung. Das Bezirksbauamt Nr. VIII in Thorn (Kregowy Urząd Budownictwa Nr. VIII w Toruniu), ul. Lazienna, hat nachstehende Arbeiten zu vergeben: 1. die Installation der Zentralheizung im Kasernengebäude des 65. Inf.-Regts. in Mewe (Gniew) — am 21. 11. 1932 um 10 Uhr; 2. die Wasserleitungs- und Kanalanstallation in der Kaserne des gleichen Regiments — am 21. 11. 32 um 10.30 Uhr; 3. die Installation der Zentralheizung in der Wäsch- und Badeanstalt des 65. Inf.-Regts. in Mewe — am 21. 11. 32 um 11 Uhr; 4. die Installationsarbeiten der Wäscherei und Badeanstalt des genannten Regiments — am 21. 11. 32 um 11.30 Uhr.

Die Feuerwehr wurde am Dienstag nach dem Hause Strobanstraße (ul. Młde Garbary) 5 gerufen. In der hier befindlichen Handelsschule von N. Berger war durch einen nicht an der Wand stehenden Ofen ein Teil der Wand und des Fußbodens in Brand geraten.

Bereine, Veranstaltungen und besondere Nachrichten.

Am Sonntag, 13. November, 4 Uhr nachmittags, ins Deutsche Heim zum Wohltätigkeitstag des Deutschen Frauenvereins! Deutsche Bühne und Orchesterabteilung wirken mit; Gefänge, Kasperle-Theater, Preisstücken, Verlosung usw. vervollständigen das Programm.

Briefen (Wabrzejno), 9. November. Infolge plötzlichen Scheuerdens der Pferde fuhr das Gefährt des Landwirts Chrzastkowski aus Pfeilsdorf in das Schaufenster des Kaufmanns Domachowski, wobei das Fenster vollkommen zertrümmert wurde. — Diebe statteten dem Jagdschloß des Grafen Alvensleben in Bronnau einen Besuch ab und ließen dabei mehrere Sachen mitgehen.

Ein schweres Unglück ereignete sich Sonnabend am Schnittpunkt der Bahnlinie Unislaw-Thorn-Moder mit der Chaussee Raciniewo — Dabrowa Chelminska bei Kilometer 32, 2. Das auf dem Wege nach Bromberg befindliche Halblastauto der Firma Senatsch-Unislaw wurde von dem Personenzug Nr. 3722 erfasst und etwa 100 Meter mitgeschleift.

Ödgingen (Gdynia), 9. November. Während eines Trinkgelages wurde der Arbeiter Alfons Schulz aus Döblsch in seiner Wohnung durch Revolvergeschosse so schwer verletzt, daß er in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert wurde.

Ödgingen (Gdynia), 9. November. Während eines Trinkgelages wurde der Arbeiter Alfons Schulz aus Döblsch in seiner Wohnung durch Revolvergeschosse so schwer verletzt, daß er in hoffnungslosem Zustande ins Krankenhaus eingeliefert wurde.

Ödgingen (Gdynia), 9. November. Ein Prozeß, der hier großes Aufsehen erregt, begann heute vor dem Landgericht. Die Anklage wirft den ehemaligen Direktoren der Exportfirma „Koncern Morfik“ Unterschlagungen in Höhe von 14 000 Zloty vor.

h Zöbaw (Zubawa), 9. November. Der letzte Jahrmakkt wies keinen lebhaften Verkehr auf. Der Auftrieb von Vieh war mittel, die Preise hierfür zeigten eine sinkende Tendenz.

h Neumark (Nowemiaro), 8. November. Nach jahrelanger Untätigkeit ist der hiesige Hausbesitzerverband wieder zu neuem Leben erwacht. Auf der neulich stattgefundenen Sitzung waren über 60 Hausbesitzer anwesend.

h Neustadt (Wesherowo), 9. November. Auf dem hiesigen Standesamt wurden für die Zeit vom 16. bis 31. Oktober gemeldet: 22 Geburten, 8 Todesfälle und 6 Eheschließungen.

h Plespin, 8. November. Am Sonnabend, dem 5. d. M., beging der Rentier Johann Puchowski mit seiner Ehefrau geb. Schwonek, wohnhaft in Plespin, das seltene Fest der Goldenen Hochzeit.

h Schneß (Swiecie), 8. November. Ein großer Betrieb herrschte heute aus Anlaß des hier stattgefundenen Krampus- und Pferdemarktes. Auf dem großen Marktplatz war es fast nicht möglich, durchzukommen.

h Strassburg (Brodnica), 9. November. Diebstähle. Bei dem Besitzer Romanowski in Swierczyno bei Strassburg wurde in einer der letzten Nächte eingebrochen. Durch Eindringen einer Fensterscheibe gelangten die Diebe ins Innere des Wohnhauses und stahlen Betten, Wäsche und etwa 50 Pfund Rucherfleisch.

h Soldau (Dzialdowo), 9. November. Achtung, Kreistagswahlen! Da der Kreis Soldau durch Zuteilung mehrerer Gemeinden auf Kosten der benachbarten Kreise Strassburg (Brodnica) und Zöbaw (Zubawa) vergrößert worden ist, ist der Kreistag aufgelöst worden.

Graudenz.

Deutsches Klubhaus S. C. G. Sonnabend: Klub-Abend. 8807 Sonntag: Familien-Abend. Am Sonntag sind die Räume v. 16 Uhr geöffnet

Ueberlegung, sowie Umschreibungen in Maschinen- u. d. h. polnisch, werden solide und billig ausgeführt. Weib, Plac 23 Stycznia 31. Telefon 62. 8813

Paßbilder in 1/2 Stunde lieferbar nur bei 8563 Hans Dessonneck, Photograph Józ. Wybickiego 9.

Kirchliche Nachrichten.

Evangel. Gemeinde Graudenz. Sonntag, 13. Nov. 1932 (25. Sonntag n. Trinitatis). * Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier. * Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Thorn.

Gasthaus m. Saal Sozialwaren-Geschäft, gute Lage, zu verpachten. 8882 M. Jabne, Górsk, p-a Kozgary, pw. Toruń.

3-Zimmer-Wohnung. v. kinderlos. Ehepaar z. 1. 1. 1933 gesucht. Off. u. D. 924 an Ann.-Expedit. Wallis, Toruń. 8799

Kirchl. Nachrichten.

Sonntag, d. 13. Nov. 1932 (25. Sonntag n. Trinitatis). * Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier. * Bedeutet anschließende Abendmahlsfeier.

Der Reichstanzler vor der Auslandspresse.

Nationale Konzentration.

Reichstanzler von Papen hielt auf einem Essen der ausländischen Presse am Dienstag mittag eine Rede, in der er u. a. ausführte:

Meine Herren!

Sie werden von mir zunächst eine Äußerung über die Lage erwarten, die durch den Ausgang der Reichstagswahlen bedingt worden ist. Ich kann meinen Gesamteindruck dahin zusammenfassen:

Eine erfreuliche Zunahme des Verständnisses für die Regierungsarbeit ist festzustellen.

Keine Partei wird noch Berechtigung zu der Annahme haben, daß sie die Alleinherrschaft in Deutschland ausüben kann. Dagegen glaube ich die Hoffnung hegen zu dürfen, daß es nunmehr zu einer wirklichen nationalen Konzentration kommt; möge die erfreuliche Einigkeit, die das deutsche Volk heute in den großen Fragen der auswärtigen Politik durch alle Parteien hindurch befeelt, jetzt auch der Führung der Gesamtpolitik die notwendige breite Grundlage schaffen!

Personalfragen spielen hierbei — ich habe es schon immer betont — keine Rolle. Die sachlichen Ziele der Regierung, die Sie kennen, werden unverändert verfolgt werden.

Deutschland ist seit jeher das Schlachtfeld der Ideen gewesen.

Als die modernen Nationalstaaten sich bildeten, standen wir noch im Schatten der universalen Idee des Heiligen Römischen Reiches. Das vor 900 Jahren ein sächsischer König auf deutschem Boden sein Leben gelassen hat für eine weltbewegende Idee, die von Deutschland ausgegangen war, für den protestantischen Glauben, ist bezeichnend für unsere Stellung innerhalb des Weltgeschehens. Auch heute, meine Herren, berühren sich bei uns nicht nur die verschiedenen Konfessionen, sondern auch die verschiedenen Welt- und Staatsanschauungen unseres Erdteils.

Deutschland bildet das Kampffeld zwischen dem Rationalismus des Westens und dem Irrationalismus des Ostens.

Politischer Kampf ist bei uns zugleich ein Kampf der Weltanschauung. Schöpferisch kann deshalb in Deutschland heute mehr denn je nur eine Politik sein, die aus dem Glauben kommt. Diefem tiefsten Grunde entstammt allerdings auch größtenteils die das Ausland oft befremdende Schärfe unserer politischen Gegensätze. In diesem Schicksal, dauernd Fremdes bei uns aufzunehmen, zu verarbeiten und unserer eigenen Kultur einzufügen, und dabei die großen Gegensätze unseres Kulturkreises auszugleichen und zu versöhnen, liegt zugleich die besondere Aufgabe unserer Landes, das im geistigen, wirtschaftlichen und politischen Leben und Nehmen unlöslich mit der übrigen Welt verflochten bleibt. Unsere Lage als

Mittelland Europas

und unsere geschichtliche Entwicklung hat uns einen unerlöschlichen Reichtum kultureller Gestaltung in den verschiedenen deutschen Stämmen und Ländern beschert, dessen Pflege und Förderung die große Aufgabe der deutschen Kulturpolitik sein muß. Aber nach außen stellt sie uns ebenso zwingend vor das Problem kultureller und politischer Selbstbehauptung. Vornehmlich in politischer Beziehung ist unsere Mittellage voller Gefahren. Sie hat eine Fülle von Problemen geschaffen, wie sie Völker gesicherter Lage nicht kennen. Sie setzt auch unsere innere Entwicklung fortwährend unter den Druck der Außenwelt. Namentlich unserer heutigen politischen Lage ist nur verständlich aus jener unablässigen Verflechtung von Innen- und Außenpolitik in den letzten 20 Jahren.

Mancher, der heute im Auslande die Stärke unserer radikalen Strömungen mit Besorgnis verfolgt, wird sich gestehen müssen, daß diese ihre stärksten Antriebe aus den politischen Methoden erhalten haben, die man seit 1918, von außen her gegen uns gewandt hat. Wie soll eine Regierung das nötige Ansehen vor ihren Bürgern haben, wenn sie mit einseitigen Diskriminierungen gegenüber dem Auslande belastet und nicht imstande ist, ihnen das primitivste Lebensrecht, die Sicherheit nach außen hin zu gewährleisten?

Die lange Reihe der Interventionen der „Siegemächte“, welche den deutschen Regierungen immer neue Demütigungen zumuteten, trägt ein großes Maß von Schuld an der allgemeinen Radikalisierung und der Verschärfung der innerpolitischen Lage. Keiner von Ihnen wird die Schwierigkeiten verkennen, die als Folge der Kriegs- und Nachkriegsverhältnisse, insbesondere aber als Folge des unehrerlichen politischen Drucks aufgetreten sind, der in den letzten 13 Jahren auf uns lastete: Die ungeheure wirtschaftliche Not, die Herrschaft unserer Volkstimmung und unseres Parteiwesens.

Aus diesem geschichtlichen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik ergibt sich für das deutsche Volk die schicksalhafte Aufgabe, eine Gestalt für seine Staatsführung zu finden, welche den dauernden Notwendigkeiten seiner Lage in Mitteleuropa und den besonderen Schwierigkeiten seiner heutigen Situation in gleicher Weise entspricht. Die erste Vorbedingung hierzu ist die Wiederherstellung der vollen Souveränität des Staates und die Einrichtung einer stetigen, machtvollen Regierungsgewalt. Eine solche

autoritäre Staatsführung,

meine Herren, steht nicht im Widerspruch zu dem Grundsatze der Demokratie. Demokratie und Autorität sind keine Gegensätze, sondern notwendige Ergänzungen. Die Augen der Welt sind heute auf die Vereinigten Staaten von Nordamerika gerichtet, wo ein großes Volk seine Staatsführung für die nächsten vier Jahre in die Hände eines Mannes legt. Ist es denn undemokratisch, frage ich, einen dem Lande verantwortlichen Staatschef zu wählen? Dann kann es nicht weniger demokratisch sein, die autonomen Mächte der Parteibureautokratie, die sich zwischen Regierung und Volk geschoben haben auszuschaalen. In unserem deutschen Reichspräsidenten hat sich die Wahl durch die Mehrheit des Volkes, also ein Akt unmittelbarer Demokratie, mit der geschichtlichen Autorität seiner Person vereinigt, damit ist der ruhende

PoI geschaffen, von dem aus auch die verschiedensten Bewegungen unseres politischen Lebens geleitet werden können.

Sie werden mit mir der Ansicht sein, meine Herren, daß die Herstellung einer innerlich starken deutschen Staatsgewalt nicht nur eine Lebensnotwendigkeit für Deutschland, sondern

Das zentrale Problem für Europa

ist. Unsere Lage in der Mitte unseres Erdteils bringt es ja mit sich, daß sich alle Erschütterungen unserer wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse auf alle übrigen Staaten Europas und auf die meisten Staaten der Welt übertragen müssen. Und deshalb muß ich hier nochmals mit Nachdruck hervorheben:

Es wird nicht Ruhe und Frieden in Europa herrschen, bis man nicht dem deutschen Volke die lebensnotwendigen Voraussetzungen zugestanden hat. Ihm eine friedliche und sichere Entwicklung gewährleisten.

Sie kennen unsere Forderungen! Deutschland kann nicht heute, 14 Jahre nach der Beendigung des Krieges, noch immer in der Rolle des Besiegten festgehalten werden.

Wir verlangen die Gewährung der gleichen Rechte, die für alle anderen gelten, nicht als eine Gnade oder eine Wohlthat, sondern als unseren unverzichtbaren Anspruch. Ich stelle hier nichts Neues fest, wenn ich aus-

Der Vertrag von Versailles hat keinen wahren Frieden gebracht.

Er hat es offenbar selbst nicht gewollt, denn er trägt nicht einmal den Namen eines Friedensvertrages. Und in seiner Einleitung fehlt die sonst übliche Verheißung, daß von nun an Friede und Freundschaft zwischen den bisherigen Kriegführenden herrschen solle. Er ist ursprünglich

nur als Präliminarvertrag

gedacht gewesen, und er enthält eine Revisionsklausel, die für alle seine Bestimmungen gilt. Es muß das Ziel sein, die Bestimmungen, die durch Zwang auferlegt wurden, durch Lösungen zu ersetzen, die dem freien Ermessen aller Beteiligten entspringen. Darin sollten andere Völker uns helfen und unseren Bestrebungen Verständnis entgegenbringen.

Denn weder durch Listen, noch durch Drohungen werden wir uns für alle Zukunft an Lösungen binden lassen, die uns mit Gewalt aufgezungen werden. Unser Weg wird der Weg friedlicher Verständigung sein. Wir haben diesen Weg in Locarno beschritten und in Lausanne fortgesetzt, und wir werden ihn weitergehen, um jenen großen Grundätzen, auf die vertrauensvoll wir 1918 die Waffen niederlegten, die Herrschaft über Europa zu verschaffen.“

Der Reichstanzler streifte dann kurz die Aufgabe und Bedeutung der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz, um im Anschluß daran fortzufahren:

Niemals wird die europäische Wirtschaft zur Ruhe kommen, niemals wird sie die für ihr Gedeihen sicheren Grundlagen erhalten, wenn nicht jene Konzeption einer einigen und friedlichen Völkergemeinschaft Wirklichkeit wird, die ich als das Endziel der deutschen Politik bezeichnet habe, und niemals wird dieses Endziel erreicht werden, wenn nicht die großen Grundätze der Gleichberechtigung und des Selbstbestimmungsrechts der Völker auf allen Gebieten anerkannt und durchgeführt werden.

Sie kennen den Kampf, den wir heute um unsere Gleichberechtigung in der Abrüstungsfrage zu führen haben. Ich brauche Ihnen unseren Standpunkt nicht zu erläutern, er ist der Welt aus vielen Reden und Veröffentlichungen bekannt, insbesondere aus der Aufzeichnung, die dem französischen Botschafter am 29. August übergeben wurde.

Unser Anspruch auf die allgemeine Abrüstung

gibt uns die unerlöschliche Grundlage für unser Handeln. Von dieser Grundlage aus werden wir alle Pläne beurteilen, die uns vorgelegt werden. Unsere Frage an sie lautet: Gewährleisten sie eine wirkliche Abrüstung nach Methoden, die für alle in gleicher Weise gelten mit dem Ergebnis, daß allen die gleiche Sicherheit gewährt wird?

Der französische Plan

setzt anscheinend voraus, daß alle europäischen Festlandstaaten gleichartige Heere erhalten. Das erscheint vom deutschen Standpunkt aus durchaus diskutabel. Wir haben zurzeit eine Heeresverfassung, die uns durch Diktat aufgezwungen wurde, und führen Klage darüber, daß unsere Soldaten nicht mit denen anderer Länder gleichwertig sind, weil sie nicht die gleiche Bewaffnung wie diese führen dürfen. Die französische Regierung geht anscheinend davon aus, daß erst gleichwertige Wehrverfassung und gleichwertige Bewaffnung die Heere der verschiedenen Länder wirklich vergleichbar macht. Diesen Standpunkt erachte ich als einen großen Fortschritt. Es ist unbestreitbar, daß wir, wenn es gelingt, allen Heeren den Charakter reiner Defensivmittel zu geben, wir einen entscheidenden Schritt in der moralischen Abrüstung und Befriedung der Welt vorwärts gekommen sein werden.

Nur durch gleiches Wehrsystem mit gleicher Bewaffnung, deren Potential der Länge und Beständigkeit der Grenze, wie der Zahl der Nachbarn angepaßt sein muß, läßt sich auch gleiche Sicherheit für alle Völker erzielen.

Die Deutsche Regierung, die den Frieden wünscht, weil sie wie keine andere Nation der Welt der Segnungen des Friedens bedarf, stellt ihre Politik unter den Gesichtspunkt wirklicher allgemeiner Abrüstung. Sie wird jede Maßnahme begrüßen, welche die Defensivkraft im Gegensatz zur Angriffskraft stärkt und Deutschlands Anspruch auf gleiches Recht und gleiche Sicherheit verwirklicht.“

Günstige Aufnahme der Kanzler-Rede in Frankreich.

Paris, 9. November. (Eigene Meldung.) In den Kommentaren der französischen Presse wird darauf hingewiesen, daß der Reichstanzler in seinen Ausführungen augenscheinlich über die bisher von der Gleichberechtigung gegebene Auslegung hinausgegangen sei, da er nicht von qualitativer, sondern von allgemeiner Gleichberechtigung gesprochen habe. Ferner sei zu bemerken, daß in der Rede Papens kein klarer Hinweis auf den Abschnitt des französischen Planes von der „französischen Sicherheit“ enthalten sei, und daß der Reichstanzler keinmal das Wort „Völkerbund“ ausgesprochen habe.

Der „Petit Parisien“ bezeichnet die Rede von Papens als bedeutend. Abgesehen von einer gewissen einseitigen (!) Auffassung des Versailler Vertrages unterscheidet sich die Rede von früheren Kundgebungen durch ihren verbindlichen Ton und durch ihre gewandte Beweisführung. Die Stelle, die vom „französischen Plan“ handle, sei in besonders maßvollen Ausdrücken gehalten und verrate den Mut, über die französische Anregung zu verhandeln.

Die radikalsozialistische „Ere Nouvelle“ erklärt, die Worte Papens stellten einen fühlbaren Fortschritt dar. Der Reichstanzler habe endlich den glühenden Friedenswillen Frankreichs (?) anerkannt und zugegeben, daß Frankreich loyal an der Versöhnung arbeite (?). Frankreich sei sicherlich nicht schuld daran (?), wenn diese Versöhnung noch nicht verwirklicht worden sei. Seit Monaten sei man eine solche Sprache nicht mehr gewohnt. Das Blatt Herriots, hierüber außerordentlich erfreut, will deshalb einige auf die Vergangenheit bezügliche Vorwürfe beiseite lassen. „Wir sind“, so schreibt die „Ere Nouvelle“, „so aufrichtig glücklich über die Haltung des Reichstanzlers, daß wir davon absehen wollen, das zu unterstreichen, was uns trennt. Wir wollen nur das beachten, was uns eint. Noch eine kleine Anstrengung, noch ein etwas größerer Wille, noch einige Schritte vorwärts und vielleicht werden wir sehen, daß wir uns nur in Folge eines Mißverständnisses nicht verstehen.“

Hitler:

Alles oder nichts!

Das Pariser „Devoir“ veröffentlicht ein recht ungläubwürdiges Interview mit Hitler, das jetzt auch in der reichsdeutschen Presse die Runde macht. „Ich soll mit Papen verhandeln?“ soll der Führer der Nationalsozialisten erklärt haben. „Niemand im Leben. Ich selbst habe von Papen aus dem Dunkel herausgeholt, wo er hätte bleiben sollen. Was liegt mir an einem Titel. Ich laufe jeden Augenblick Gefahr, einem Attentat zum Opfer zu fallen. Da soll ich irgendwelchen Wert darauf legen, ein lächerliches Portefeuille eines Bizekanzlers zu ergattern? Ich bin unabhängig nach jeder Richtung. Ich brauche kein Geld. Ich verdiene genug mit meinen Büchern, jedenfalls mehr, als ich ausgeben kann. Ich habe meine Ansichten nicht geändert. Ich will alles oder nichts, und wenn der Reichspräsident mich jetzt wieder rufen sollte, so werde ich vor ihm genau die gleiche Sprache führen.“

SA-Pfarrer?

Laut Mitteilung des „Bayrischen Kuriers“ vom 29. Oktober 1932 soll die oberste SA-Führung der NSDAP, Leitung Stabschef Kühn, nachstehende Anordnung erlassen haben:

„Bei den Gruppenkommandos sind ab sofort je ein SA-Geistlicher einzustellen. Die Herren Pfarrer müssen Parteigenossen sein und stehen im Range eines Sturmbannführers z. B. V. Bestätigung bzw. Bestallungs-urkunde nur durch die Oberste SA-Führung direkt. Bei den Feldgottesdiensten der SA, die möglichst mit Fahnen-einweihungen zu verbinden sind, sprechen ab 15. 10. 1932 nur die SA-Geistlichen. Der Pp. Pfarrer Münchmeyer, M. d. R., wird als Spezialreferent für die Geistlichen in der SA ab sofort in die Oberste SA-Führung berufen.“

SA-Verbot im Saargebiet.

Die Regierungskommission des Saargebietes hat jeben beschlossen, sämtliche militärischen Organisationen der NSDAP, insbesondere der Sturmabteilungen (SA), die Schutzstaffeln (SS) und sonstige Einrichtungen einschließlich der SA-Beobachter, SA-Reserven, Motorstürme des nationalsozialistischen Kraftfahrkorps, der nationalsozialistischen Sanitätskorps, der Führerschulen, der SA-Kasernen und der Zeugemeisterei mit sofortiger Wirkung aufzulösen.

Nach dem Verkehrsstreik.

Ein Sabotageakt.

Berlin, 9. November. (Eigene Drahtmeldung.) Wie bereits gestern mitgeteilt wurde, ist der Verkehr auf allen Linien in Berlin wieder aufgenommen worden. Die Front der Streikenden hat sich, nachdem der Verkehrsstreik abgeblasen worden ist, rasch aufgelöst. Wie die Direktion der Berliner Verkehrsgesellschaft mitteilt, werden 2500 Mann von den Streikenden nicht wieder eingestellt werden. Fahrer, Schaffner und das übrige Personal, abgesehen von den 2500 Entlassenen, haben sich zur Aufnahme der Arbeit wieder eingefunden.

Am Bülow-Bogen explodierte gestern abend nach 9 Uhr unter donnerähnlichen Schlägen ein Sprengkörper. Nach den Feststellungen der Polizei ist der Sprengkörper von den Insassen eines Autos, das Ede Bülow- und Frohben-Straße kurz gestoppt hatte, auf den Bahnkörper geworfen worden. Passanten sind durch die Explosion glücklicherweise nicht verletzt worden. Die Berliner Verkehrsgesellschaft und das Polizeipräsidium haben für die Ermittlung der Täter hohe Belohnungen ausgesetzt.

Berlangen Sie überall

auf der Reise, im Hotel, im Restaurant, im Café und auf den Bahnhöfen die

Deutsche Rundschau.

